

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 7 (1927-1928)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Das sozialistische Biel  
**Autor:** Müller, Guido  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-329639>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Rote Revue

## Sozialistische Monatschrift

1. HEFT

SEPTEMBER 1927

VII. JAHRG.

---

 Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
 

---

### Das sozialistische Biel.

Von Guido Müller.

#### I.

Bis um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hatte Biel das Aussehen einer verträumten und etwas trägen Kleinstadt. Das änderte sich mit dem Aufkommen der Uhrenindustrie. Zwar zögernd nur und eher widerstrebend paßten sich die Einwohner dem beginnenden wirtschaftlichen Schnellschritt an, und erst in den 70er Jahren brach die allenthalben erwachende geschäftliche Unternehmungslust so recht durch. Eine ununterbrochene Folge industrieller Neugründungen, meistens Uhrenfabriken, rief nun einem ständigen Zustrom von Arbeitskräften aus der nähere und weitem Umgebung, der die eingeseßene Bürgerschaft rasch überflutete und Wirtschaft, Sitte und Sprache gründlich umwandelte. Die trotz zeitweiliger Rückschläge im ganzen kraftvoll fortschreitende Entwicklung mußte schließlich auch die überkommenen, allzu engen Gebietsgrenzen der Stadt sprengen: durch die Eingemeindung von drei bedeutenden Vororten schaffte sich die Stadt Raum für ihr weiteres Wachstum. Heute ist das zweisprachige Biel mit seinen 35,000 Einwohnern ein wichtiger Industrie- und Verkehrspunkt der Schweiz.

Freilich, als sich in den Nachkriegsjahren allgemeine Arbeits- und Verdienstlosigkeit lähmend und erstickend auf die sonst so arbeits- und lebensfrohe Stadt legte, da war es eine Zeitlang schlimm bestellt um sie. Bei der einseitigen Einstellung auf die Uhrenindustrie — im Jahre 1920 waren von 17,650 Erwerbstätigen 6777 oder 38 Prozent allein in der Uhrmacherei beschäftigt — schwingt das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt im Auf und Ab dieses Erwerbszweiges getreulich mit. Der alte Spruch: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt, gilt für Biel in der Umkehrung: Wenn der Uehrlar keines hat, fehlt es in der ganzen Stadt.

Seit dem Jahre 1920 leidet die Uhrenindustrie dauernd an Absatzschwierigkeiten, verbunden mit Preiszerfall. Sind die ersten Ursachen dazu auch in der Weltwirtschaftslage zu suchen, so ist doch nicht weniger wahr, daß eine ungerichtete Produktion, leichtsinnige Kreditierung und gewissenlose Preisunterbietungen das Ihrige beigetragen haben, eine ehemals blühende Landesindustrie dem Siechtum zu überantworten. Ein klassisches

Beispiel, wie und wo ein von keinen Rücksichten auf das Ganze gezügelter Konkurrenzkampf endet! Jedenfalls dürfen die schon lange in Aussicht genommenen, bis jetzt aber nur zum kleinern Teil verwirklichten Sanierungsmaßnahmen nicht mehr weiter hinausgeschoben werden, wenn es überhaupt noch gelingen soll, die Uhrenindustrie aus der Dauerkrise hinaus und der Gesundung entgegenzuführen.

Der ungleiche, fortgesetzt an- und abspringende Beschäftigungsgrad und die aufs äußerste verminderte Verdienstmöglichkeit halten Fabrikant und Arbeiter ständig in Atem und bringen eine nervöse Unruhe und Gereiztheit ins Geschäfts- wie ins übrige Leben, auch in das politische. Ferner: Bei der Abhängigkeit der Gemeindevirtschaft von der Privatwirtschaft, d. h. der Gesamtheit der Einzelwirtschaften, kann natürlich der schlechte Geschäftsgang nicht ohne nachteilige Rückwirkungen auf den Finanzhaushalt der Gemeinde bleiben, was sich namentlich bei der Uebernahme und Durchführung sozialer Aufgaben als lästiger und gefährlicher Hemmschuh erweist. Für eine unternehmende sozialdemokratische Gemeindeverwaltung ein mit Hindernissen und Fußangeln aller Art gespicktes Feld der Betätigung, das nicht viel Verlockendes hatte.

## II.

Als die im Frühling 1921 stattfindende Gesamterneuerung der städtischen Behörden — Gemeinderat und (Großer) Stadtrat — die sozialdemokratische Partei vor die Frage stellte, ob sie in den Kampf um die Leitung der Gemeinde treten wolle oder nicht, gab es nicht wenige in unsern Reihen, die angesichts der verwüsteten Gemeindefinanzen und der sich verschärfenden wirtschaftlichen Notlage vor der Uebernahme der Gemeindeverwaltung warnten. Namentlich nach zwei Richtungen hin wurden Befürchtungen laut. Einmal werde eine sozialdemokratische Behörde bei Regierung und Banken nicht nur keine Unterstützung finden, sondern zum vornherein auf Uebelwollen und Widerstände stoßen; zum andern werde sie sich rasch in die Unmöglichkeit versetzt sehen, die überbordenden Hoffnungen und Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen. An diesen beiden Klippen müsse das mit roten Fährleuten bemannte Verwaltungsschifflein unfehlbar zerschellen.

Glücklicherweise fanden in der entscheidenden Parteiversammlung diese Kassandrastimmen keine willigen Ohren. Gerade in solcher Lage, so wurde erwidert, gelte es, zu zeigen, daß wir Sozialdemokraten nicht bloß kritisieren, sondern auch besser machen können. Wenn es uns mit dem Bekenntnis zur Gemeinde wirklich ernst sei, so sei der Zeitpunkt gekommen, es durch die hochgemute Tat zu besiegeln. Jetzt der Verantwortung aus dem Wege gehen, käme dem Eingeständnis eigener Ohnmacht gleich. — Das Wagestück wurde unternommen und — gewonnen.

Manchem mag das Programm, mit dem wir den Wahlkampf eröffneten, schier zu nüchtern, zu wenig schwung- und verheißungsvoll erschienen sein. Es enthielt eigentlich nur Selbstverständlichkeiten — so sehr Selbstverständlichkeiten, daß sie vom bürgerlichen Regiment jahrelang mißachtet werden durften. Das ganze Wahlprogramm ließ sich auf eine einzige Zeile bringen: S a n i e r u n g d e r G e m e i n d e f i n a n z e n ,

## Arbeitslosenfürsorge, Förderung des Wohnungsbaues.

Gewiß, wir versprachen den Wählern keine goldenen Berge, noch spiegelten wir ihnen den Anbruch des tausendjährigen Reiches vor. Wir wußten zu gut, daß es nicht in unserer Macht lag, Kriegsfolgen und Krisenerscheinungen mit einem Schlage zu beseitigen, daß weder die Arbeitslosigkeit, noch die Wohnungsnot von heute auf morgen behoben werden konnten. Deshalb hüteten wir uns davor, den Wählern den Besitz eines wunderwirkenden Allheilmittels gegen die Schäden und Nöte der Zeit vorzutäuschen. Das Wahlprogramm entbehrte auch des lyrischen Akzentes, der derartige Proklamationen nur zu oft auszeichnet. In Ziel und Stil sachlich und knapp, sollte es nicht mehr versprechen, als wir zu halten gesonnen waren, zu halten die Möglichkeit sahen. — Das Wahlergebnis, das uns von neun Gemeinderatsitzen fünf (einschließlich des Stadtpräsidenten) und von 60 Stadtratsitzen die Hälfte verschaffte, bewies, daß unser bescheidenes, auf das nächste und dringendste beschränkte Tätigkeitsprogramm auf den Wähler Eindruck gemacht hatte.

Der unterlegene Gegner machte fürs erste gute Miene zum bösen Spiel und tröstete sich bei dem Gedanken an die schlimme Erbschaft, die wir antraten, und mit der überheblichen Meinung, daß wir als unfähige Neulinge in der bisher vom Bürgertum monopolisierten Regierungs- und Verwaltungskunst über kurz elendiglich versagen würden. Selbst in den Kreisen, wo man die sozialdemokratische Kritik und Kontrolle nicht als lästig empfand, sondern gerne als Zügel und Bremse für eine zu Uebergriffen und Mißbräuchen geneigte bürgerliche Mehrheit arbeiten ließ, dachte man im allgemeinen gering von den administrativen Fähigkeiten der ans Ruder gelangten Sozialdemokraten.

### III.

Eine überschuldete Gemeinde ohne Geld und ohne Kredit traten die Sozialdemokraten an. Der finanzielle Zusammenbruch lauerte vor der Türe. Die Verwaltung war desorganisiert und mit Personal überfüllt.

Die Schulden der Stadt waren im Zeitraum der Jahre 1914 bis 1921 von 9,5 Millionen Franken auf 20 Millionen Franken angestiegen, hatten sich also innerhalb acht Jahren mehr als verdoppelt. Der größere Teil der neu aufgenommenen Gelder, über 6 Millionen Franken, wurde verschlungen von den andauernden Ausgabenüberschüssen der Verwaltungsrechnungen sowie von Notstandsaufwendungen aller Art, und nur der kleinere Teil entfiel auf produktive Zwecke, wie Erweiterung industrieller Betriebe und Wohnungsbau.

Von den so entstandenen Schulden waren nicht mehr als 3,5 Millionen Franken fest untergebracht; die übrigen 7 Millionen Franken hatte man sich gegen Ausstellung von Eigenwechseln und, als die Banken besondere Sicherheiten verlangten, gegen Verpfändung von Wertpapieren aus den verschiedenen Fonds der Gemeinde und von Liegenschaften verschafft. Dann kam der Augenblick, wo die Banken die Gewährung neuer Vorschüsse überhaupt ablehnten. Der Gemeinderat unternahm einen letzten verzweifelten Versuch, den Schuldendienst der Gemeinde



wieder auf sicheren Boden zu bringen und legte zu Anfang des Jahres 1920 ein Anleihen von 5 Millionen Franken in Kassenscheinen auf, entgegen den Warnungen der Banken, die den Mißerfolg voraussagten. Von 5 Millionen Franken wurden im ganzen 470,000 Fr. gezeichnet — der Kredit der Gemeinde lag erschlagen am Boden.

Die Ausgaben aber stiegen weiter. Die Arbeitslosigkeit hatte nachgerade eine Ausdehnung angenommen, die das Wirtschaftsleben der Stadt zu vernichten drohte. Es gab einen Zeitpunkt, da von allen Erwerbstätigen immer der dritte Mann ganz oder teilweise arbeitslos war und aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden mußte. Es konnte darum auch nicht Wunder nehmen, wenn sich bei den gläuberischen Banken die Ueberzeugung festsetzte, daß die Gemeinde zusammenbrechen müsse, wenn ihr nicht vom Kanton Hilfe werde. Die Regierung, an die sich der Gemeinderat unter dem zunehmenden Drucke wandte, anerkannte, daß die Stadt die ihr aus der verheerenden Arbeitslosigkeit erwachsenden Lasten auf die Dauer allein nicht mehr zu tragen vermöge und daß ein Ausgleich gesucht werden müsse. Vorläufig beschränkte sie sich darauf, eine Kommission zu ernennen, der die Aufgabe zufiel, die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Dieser Untersuchungsausschuß waltete seines Amtes, verfaßte einen Bericht, stellte darin allerlei Betrachtungen an, machte Vorschläge und — präsentierte seine Rechnung.

Die Kommissionsvorschläge gipfelten in einem allgemeinen scharfen Lohnabbau (durchschnittlich 15 Prozent der Bezüge), Verlängerung der Arbeitszeit und Personalentlassungen einerseits, in einer Steuererhöhung anderseits. Alles sehr durchgreifende Maßnahmen, die nur den kleinen Nachteil hatten, daß sie teils gar nicht, teils weder in der empfohlenen Form noch im vorgesehenen Umfang anwendbar waren. Die Regierung selber pflichtete zwar dem Bericht der Kommission bei, besaßte sich jedoch nicht weiter mit der Sache, wahrscheinlich weil sie bald genug mit den Finanznöten des Kantons zu tun hatte. So blieb die Gemeinde nach wie vor auf sich allein angewiesen; wollte sie aus ihrer Lage herauskommen, so mußte das aus eigener Kraft geschehen.

An eine Vermehrung der Einnahmen war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu denken, nicht auf dem Wege einer Steuererhöhung und nicht auf dem Wege anderer Tarifierhöhungen. Ein Erwerbseinkommensteuersatz von 10,5 Prozent (Gemeinde 6, Staat 4,5 Prozent), verbunden mit einem Progressionszuschlag bis zu 50 Prozent, stellte ohnehin eine Belastung dar, die nicht nur keine Verschärfung duldete, sondern zu einer Erleichterung drängte. Ebensowenig konnte eine Erhöhung der Preise für Wasser, Gas und Elektrizität erwogen werden; denn was sich die Stadt in dieser Richtung bereits geleistet hatte, mochte seine Entschuldigung in der durch den Krieg und seine Folgen hervorgerufenen allgemeinen Teuerung finden, stand aber nichtsdestoweniger in seltsamem Gegensatz zu den sozialen Erwägungen, denen die Gemeindebetriebe ihre Entstehung verdanken und in denen ihre Rechtfertigung liegt. Es war umgekehrt auch hier so rasch als möglich für eine Verbilligung zu sorgen.

Blieb die Einschränkung der Ausgaben. Hier galt es, das

rein „kapitalistisch“ gedachte Sparschema der regierungsrätlichen Kommission durch einen in sozialem Geiste verfaßten Plan zu ersetzen, ohne jedoch den angestrebten Erfolg: die Wiederherstellung des Budgetgleichgewichtes in Frage zu stellen. Vor allem konnten wir nicht Hand bieten zu einer rücksichtslosen Personalentlassung, obwohl der Personalbestand der Gemeinde tatsächlich zu groß war und überdies auch Eignung und Leistung nicht durchwegs so waren, wie eine untadelige Dienstabwicklung und ein sparsamer Haushalt es erfordert hätten. Namentlich war die Verwaltung gezwungen, sich mit alten, körperlich und geistig nicht mehr rüstigen Leuten zu schleppen, weil die Möglichkeit, ihnen einen Ruhesold auszusetzen, fehlte. Nach dem Dr. Eisenbart-Rezept der Kommission hätten wir entweder diese alten Angestellten und Arbeiter auf die Straße stellen und ins Armenhaus verweisen oder, da dies schlechterdings nicht anging, junge leistungsfähige Leute entlassen müssen. Das eine wie das andere verbot sich von selbst. Wir griffen deshalb den in einer frühern Abstimmung von der Gemeinde abgelehnten Gedanken der Schaffung einer Versicherungskasse für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter neuerdings auf und hatten die Genugtuung, damit glänzend durchzudringen. Die Verwirklichung dieser für die Gemeindeverwaltung wie das Personal gleich vorteilhaften und segensreichen Einrichtung schuf die Voraussetzung zu dem unvermeidlichen Personalabbau, der nun in richtiger und schonender Weise durchgeführt werden konnte.

Eine weitere Herabsetzung der Personalausgaben während der kritischen Uebergangszeit wurde erzielt durch Besoldungs- und Lohnkürzungen, die indes durchschnittlich 5 Prozent nicht überstiegen — die Kommission hatte 15 Prozent verlangt — und rückgängig gemacht wurden, sobald das finanzielle Gleichgewicht im Gemeindehaushalt wieder gefunden war. Die bei diesem Anlaß getroffene Neuordnung der Besoldungen und Löhne brachte zudem für einen Teil der Arbeiter und einzelne Angestellte Verbesserungen, die noch über das hinausgingen, was seinerzeit unter dem Drucke der größten Teuerung gewährt worden war. Gegenwärtig hat das gesamte Gemeindepersonal in Verwaltung und Betrieben gleich hohe oder höhere Bezüge als zur Zeit des höchsten Teuerungsindex.

Die den Etat außerordentlich stark belastenden Personalausgaben zwangen die Behörden zu gewissenhafter und strenger Nachprüfung der Leistungen der Beamten und Arbeiter. Dabei stellte sich heraus, daß infolge unzweckmäßiger Organisation, Arbeitsteilung und Arbeitsweise lange nicht das von jedem zu fordernde Maß nützlicher Arbeit aufgebracht wurde. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß das Personal nicht ausnahmslos von dem Geiste beseelt war, dem allein treue Pflichterfüllung entspringt. Es muß aber sofort beigelegt werden, daß das schlechte Beispiel vielfach von oben kam. Wie der Meister, so der Knecht. Hierin Wandel zu schaffen, war nicht ganz leicht, und alle Widerstände sind auch heute noch nicht überwunden.

Zunächst hieß es, die Zügel der Verwaltung, die den frühern Behörden mehr und weniger entglitten waren, wieder fest in die Hand zu

bekommen. Das geschah durch eine Zusammenfassung der verschiedenen Dienstzweige mit Hilfe einer von unten bis oben in straffen Linien durchgeführten Verwaltungs- und Betriebsreorganisation — eine Aufgabe, die freilich heute noch nicht restlos gelöst ist. Uebrigens wird auch die ausgeflügeltste Organisation voll nur zur Auswirkung kommen, wenn überall der rechte Mann am rechten Platz ist. Ein ausgeprägtes Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl muß einen jeden durchdringen, jeder soll wissen, daß er der Gemeinde, die ihn recht zahlt und recht hält, eine ganze Arbeitsleistung schuldig ist. Mit bequemen Gewohnheiten mußte rücksichtslos gebrochen werden. Die Zeiten, da man eine Anstellung bei der Gemeinde in erster Linie vom Standpunkt einer angenehmen Versorgung auf Lebenszeit betrachtete, gehören endgültig der Vergangenheit an. Der Dienst in einem Gemeinwesen soll vor allen andern als ein ernstester und strenger Dienst angesehen und ausgeübt werden. Nur eine von solcher Auffassung beseelte und angespornte Amts- und Berufsführung erlaubt es der Gemeinde, vorbildlicher Arbeitgeber zu sein und die Besoldungen und Löhne auf der wünschbaren Höhe zu halten.

Den schärfsten Ansturm hatten die Regiebetriebe: Gas- und Wasserwerk, Elektrizitätswerk und Straßenbahn auszuhalten. Zwar der Ruf nach der Entkommunalisierung sans phrase wurde nur vereinzelt erhoben, und jene, die so im allgemeinen von der Notwendigkeit einer „Entpolitifizierung“ und „Entbureaukratisierung“ der Gemeindebetriebe redeten, verstummten, sobald man sie einlud, ihre Ansichten und Vorschläge hierüber in bestimmter Form zu entwickeln. Gefährlicher war die von Vertretern des Gewerbes unter dem Antrieb der privaten Installateure erhobene Forderung der Abschaffung der den genannten Werken angegliederten Installationsabteilungen, die zu dem Zwecke mit einem wahren Trommelfeuer berechtigter und unberechtigter Kritik überschüttet wurden. Mit ihren Betriebsdefiziten boten diese Installationsabteilungen sowie die Straßenbahn einem heutelüfternen Unternehmertum breite Angriffsflächen. Der Mangel an Initiative, Tatkraft und Anpassungsfähigkeit an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse waren nicht unschuldig an der bösen Verfassung der befehdeten Betriebe. Nur vergaßen die Kritiker zu sagen, daß diese Lage unter der bürgerlichen Leitung und Verwaltung eingerissen war. Anständigerweise hätten sie nun den neuen sozialdemokratischen Behörden Zeit und Gelegenheit zubilligen sollen, sich ebenfalls zu versuchen — bisßen auch diese sich die Zähne aus, um so schlimmer für sie, die stets alles besser wissen und können wollten. Aber unsere bürgerlichen Widersacher mochten es gar nicht erst auf die Probe ankommen lassen; ihnen war nicht sowohl um die Beseitigung der Defizite, als um die Beseitigung der Betriebe zu tun.

Diesen Gefallen konnten wir natürlich den Herrschaften schon aus Grundsatz nicht erweisen, abgesehen davon, daß Erfordernisse betriebstechnischer Natur für die Beibehaltung der Installationsabteilungen sprachen. Die sofort eingeleiteten, eine gesunde Geschäftsführung verbürgenden Maßnahmen halfen nicht allein der bisherigen Verlustwirtschaft ab, sondern ermöglichten auch, die Rechnungen seither mit bescheidenen Gewinnen abzuschließen zu lassen.



Bei der *Straßenbahn*, dem Sorgenkind der städtischen Verwaltung, gelang es, wenigstens die jährlichen Betriebsdefizite, die bis zu 120,000 Fr. betrugen, zum Verschwinden zu bringen, und zwar ohne zu der von gewisser Seite als unvermeidlich hingestellten Arbeitszeitverlängerung zu greifen. Der starre Fahrplan mit stets gleichbleibender Wagenfolge bei ausgesprochenem Stoßverkehr verursachte ein offenkundiges Mißverhältnis zwischen der Zahl der gefahrenen Wagenkilometer und der Zahl der beförderten Personen. Dieser unwirtschaftliche Zustand wurde durch einen elastischen, dem an- und abschwellenden Verkehr sich anschmiegenden Fahrplan mit dichter und dünnerer Wagenfolge beseitigt. Ueber dieser, in den Verkehrsverhältnissen begründeten und eigentlich selbstverständlichen Maßnahme wurden andere Sparvorkehrungen nicht vernachlässigt, und ihnen zusammen ist es zuzuschreiben, daß die Betriebsdefizite alsbald verschwanden.

Daß die sozialdemokratischen Behörden sich an einer Verminderung der Personalausgaben nicht genügen ließen, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Sie wendeten ihre Sorge auch dem *Sachaufwand* zu, der nachgerade eine schwindelnde Höhe erreicht hatte. Das rührte nicht allein von der Verteuerung, sondern auch daher, daß jede Dienstabteilung, ja jede Dienststelle, ihren Schreib- und sonstigen Materialbedarf auf eigene Faust, nach Gutdünken und persönlichen Liebhabereien deckte. Angestellte Erhebungen ergaben unzweideutig, daß durch eine Zusammenfassung des Einkaufs und eine damit verbundene Ueberwachung des Verbrauchs erkleckliche Ersparnisse zu machen waren. Die ins Leben gerufene *zentrale Einkaufsstelle* beschränkte sich vorerst auf die Beschaffung und Verteilung der Kanzleibedarfsgegenstände. Der ausgezeichnete Erfolg bewog später den Gemeinderat, der Einkaufsstelle auch die Besorgung anderer Materialien und Gebrauchsgegenstände zu übertragen, die bei gleicher Art und Beschaffenheit in größeren Mengen von der Verwaltung und den industriellen Betrieben benötigt werden.

Nebenher liefen in allen Abteilungen mehr oder weniger wichtige Maßnahmen zu dem Ende, das stellenweise ziemlich verworrene und verrostete Räderwerk zu vereinfachen und zu ölen. Sie alle hier aufzuzählen, würde zu viel Platz beanspruchen. Begleitend war überall das Bestreben, zu vereinfachen und zu sparen.

#### IV.

Vor eine schier übermächtige Aufgabe sahen sich die Behörden gleich von Anfang an durch die erschreckend um sich greifende *Arbeits- und Verdienstlosigkeit* gestellt. Schulden und weichende Einnahmen auf der einen, von Tag zu Tag sich steigende Anforderungen der Arbeitslosenfürsorge auf der andern Seite. Nur um den Preis des Verzichtes auf jede für den geordneten Gang der Gemeindeverwaltung nicht unerläßlichen Ausgabe war es möglich, die zur Unterstützung der Arbeitslosen nötigen Gelder bereitzustellen. Vor allem mußte uns daran gelegen sein, die Barunterstützung durch Beschaffung von Arbeit abzulösen. Neben der Einrichtung von eigentlichen Notstandswerkstätten wurde eine Reihe umfänglicher Bauarbeiten unternommen, worunter hauptsächlich Straßen

und ein großes Wasserreservoir. Alles in allem genommen wurde ungeachtet der vorgefundenen leeren Kasse die Arbeitslosenfrage in einer Art angepackt und zu lösen versucht, der auch der politische Gegner die Anerkennung nicht versagen konnte.

Nicht gleich erfolgreich war die sozialdemokratische Verwaltung auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. Zwei groß angelegte, auf die Mithilfe von Bund und Kanton gegründete Pläne, die Arbeitsbeschaffung mit der Wohnungsbeschaffung zu verbinden, hatten in der Abstimmung die Billigung der Gemeinde gefunden. Aus Furcht vor einer Senkung der Mietpreise ins Werk gesetzte Hausbesitzerinteressen waren leider stark genug, die Ausführung der geplanten Wohnsiedelungen zu vereiteln. Das eine dieser Projekte ist später auf anderer Grundlage und in kleinerem Umfang wieder aufgenommen worden und geht gegenwärtig der Verwirklichung entgegen. Damals jedoch blieb der Gemeinde nichts anderes übrig, als durch die allgemein üblichen Bauzuschüsse die private Bautätigkeit anzuregen, obschon wir darin nur einen schlechten Notbehelf erblickten, gerade geeignet, Baupreise und Mietzinse auf lange hinaus künstlich hochzuhalten.

\*

Die Früchte der geschilderten Finanz- und Verwaltungspolitik reiften rascher heran, als wir selber zu hoffen wagten. Schon im zweiten Jahre unserer Amtstätigkeit schloß die Rechnung mit einem schönen Einnahmenüberschuß ab, welche Haltung sich mit der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage in der Folge befestigte. Wir dürfen deshalb als Fazit der im Jahre 1924 zu Ende gegangenen ersten Periode sozialdemokratischer Gemeindeverwaltung, ohne durch Ueberheblichkeit zu sündigen, festhalten, daß unsere Partei ihr Wahlversprechen eingelöst hat: Die Gemeinde war wieder zahlungsfähig und kreditwürdig, in Verwaltung und Betrieb waren Ordnung und Verantwortlichkeitsfönn eingekehrt, die Personal- und Sachausgaben gehörig eingedämmt.

## V.

Die im Dezember 1924 an die Urnen gerufene Bürgerschaft bestätigte die sozialdemokratische Behördenmehrheit sowohl im Gemeinderat wie im Stadtrat. Daraus erwuchsen der Partei neue Verpflichtungen und neue Aufgaben. Die abgelaufene Amtsperiode war eine Zeit der Konsolidierung. Es mußte gerechnet, gespart, zusammengehalten werden; es galt, hart und unnachgiebig zu sein, auch an sich berechtigten Begehren gegenüber. Unter solchen Umständen waren dem Schaffensdrang der Behörden enge Grenzen gezogen und ihre Tätigkeit war nach außen hin eigentlich wenig sichtbar. Kein Wunder, daß dieses mehr fiskalisch-rechnerische Walten und Verhalten der Behörden nicht überall begriffen und gewürdigt wurde, namentlich auch in den Kreisen der Arbeiterschaft nicht, wo man um so lieber etwas „handgreiflichere“ Zeichen sozialdemokratischer Verwaltung gesehen hätte, als wirklich große und dringliche Aufgaben der Lösung harrten. Unerläßliche Voraussetzung dazu war jedoch die Wiederherstellung eines geordneten Finanzhaushaltes. Darin waren Partei und Behörden einig, daß die neue Verwaltungsperiode eine solche der fruchtbringenden



Bejahung, des sozialen Fortschrittes sein sollte. An Aufgaben war und ist heute noch kein Mangel, nachdem nicht nur während des Krieges, sondern schon vorher so vieles versäumt worden und unterblieben war.

Das **Straßenwesen** lag im argen. Trotz stetsfort bedeutender Aufwendungen ließ der Zustand des städtischen Straßennetzes von jeher zu wünschen übrig. Sogar die Hauptstraßen entbehrten des andernorts längst üblichen Hartbelages. Mit der Zunahme des Verkehrs und dem Ueberhandnehmen der schnellfahrenden Motorfahrzeuge wurden die Mängel immer unleidlicher. Ein umfassendes Straßenbauprogramm wurde ausgearbeitet und ist bereits in voller Durchführung.

Im Zusammenhang mit dem Straßenumbau steht der Ausbau der **Straßenbahn** auf die zweite Spur, wenigstens innerhalb des engern Stadtgebietes. Auf eine Erweiterung des Netzes haben wir zugunsten eines **Omnibusbetriebes** verzichtet, der die Außenquartiere, denen es bisher an einem Verkehrsmittel gebrach, bedient und sich durchaus bewährt.

Wie mit den Straßen, verhält es sich mit der Entwässerung. Die vorhandenen Kanäle sind überlastet, was zu Kellerüberschwemmungen und sonstigen lästigen Unzukömmlichkeiten führte. Trotzdem unterblieb die durch das Wachstum der Stadt gebotene Erweiterung der Anlage. Auch hier ist man beschäftigt, das Nötige vorzukehren.

Ueber den Werken technischer Natur ist die Betätigung auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge nicht zu kurz gekommen. Das beweisen, um nur Wichtiges zu nennen, die Gründung eines **Altersheims**, die Einrichtung des **Arbeitsamtes**, die Einführung der **Arbeitslosenversicherung** nebst weitgehender Subventionierung der gewerkschaftlichen Versicherungskassen. Da das Problem der Arbeitslosigkeit in der Uhrmacherstadt Biel wegen der in ihrem Haupterwerbszweig herrschenden Dauerkrisis ganz besonders schwer wiegt, widmen ihm die Behörden ständig ihre Aufmerksamkeit. Die Hilfe aus der Arbeitslosenversicherung hat erst als letzte Maßnahme einzutreten, weshalb darnach getrachtet werden muß, die Erwerbslosigkeit vor allem durch Vermittlung vorhandener und Beschaffung neuer Arbeit zu verhüten. Da Notstandsarbeiten in der Regel nur vorübergehende Beschäftigungsmöglichkeit bieten, bildet die Einführung neuer Industrien Gegenstand eifriger Bemühung.

Für die **Verbesserung** der Arbeitsbedingungen wirkt die Gemeinde bei der Vergabung von Arbeiten und Lieferungen, gestützt auf die in der erlassenen „**Submissionsverordnung**“ enthaltenen Vorschriften.

Die kürzlich erweiterte **Schülerversicherung** ist wahrscheinlich die einzige in der Schweiz, die alle Unfälle in- und außerhalb der Schule umfaßt. Für die **obligatorische Krankenversicherung** nähern sich die Vorarbeiten ihrem Abschluß, und die Vorlage kann im nächsten Jahre vor die Gemeinde und hoffentlich unter Dach gebracht werden. Den Ansprüchen der **Körperpflege** und der Förderung der Leibesübungen wurde durch die Vermehrung und Verbesserung der Sport- und Spielplätze, der Schulturnhöfe und Turnhallen sowie durch die Einrichtung von Schulbädern Rechnung getragen.

Nachdem die Wohnungsfürsorge aus bereits dargelegten Gründen zuerst etwas zurückgedrängt worden war, wurde ihr im neuen Tätigkeitsprogramm ein breiter Platz eingeräumt. Im Vordergrund stand die Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbau- es durch Bestellung von Baurechten, durch Gewährung von Darlehen im zweiten Rang und durch Bauzuschüsse. Bis jetzt haben drei Baugenossenschaften die Mithilfe der Gemeinde in dieser oder jener Form beansprucht, wobei an die Leistungen jeweiligen die Bedingung geknüpft wurde, daß die Häuser unverkäuflich, d. h. im genossenschaftlichen Eigentum bleiben müssen, soweit nicht die Gemeinde selbst von dem vorbehaltenen Kaufsrecht Gebrauch macht. — Der kräftigsten Unterstützung erfreut sich eine zurzeit im Bau begriffene Kleinhausfiedelung für kinderreiche Familien, die, obgleich Bau und Verwaltung einer Genossenschaft übertragen sind, doch als eine Gründung der Gemeinde zu betrachten ist. Die sozialdemokratischen Behörden stehen auf dem Standpunkte, daß vor allem den kinderreichen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung gesichert werden muß und daß die Gemeinde berufen und verpflichtet ist, einzuschreiten und den Bau von gesunden und billigen Kleinwohnungen mit allen Mitteln zu fördern, nötigenfalls selber an die Hand zu nehmen.

Gewissermaßen als Krönung unserer Wohnungsfürsorgetätigkeit waren die den Wohnungsnachweis ergänzenden Vorschriften über Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege gedacht. Leider fielen sie in der Abstimmung dem vom Haus- und Grundbesitzerverein und der in seinem Schlepptau hängenden freisinnigen Partei unter dem verheißenden Schlagwort des Wohnungsvogtes dagegen geführten Kampf zum Opfer.

Daß die sozialdemokratische Partei bemüht ist, den Grundbesitz der Gemeinde nach Möglichkeit zu mehren, ist begründet einestheils in ihrer bereits angedeuteten Einstellung zum Wohnungsbau, andernteils in der Erkenntnis, daß, da der Boden nun einmal die unentbehrliche Grundlage jeder Besiedelung ist, die zukünftige Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens in hohem Maße von der befolgten Bodenpolitik mitbestimmt wird. Ohne die Bedeutung von Bebauungsplan und Bauordnung zu verkennen, so hat die Erfahrung uns nur zu oft bewiesen, daß die besten Gedanken vor dem Unverstand und Widerstand des privaten Grundbesitzers um ihre Auswirkung gebracht werden. Das sicherste Mittel, die Aufteilung und Verwertung der Bodenfläche richtig zu beeinflussen, die fortschreitende Ueberbauung in gesunde Bahnen zu lenken und damit auch ein schönes oder mindestens anständiges Stadtbild zu erreichen, liegt in der Verfügung der Gemeinde über einen ausgedehnten Eigenbesitz. Wiederholt waren Gelegenheiten zu vorteilhaften Landankäufen verpaßt worden und die Nöte der Kriego- und Krisenzeit lähmten vollends jede bodenpolitische Bewegung. Die finanzielle Erholung der Gemeinde wurde von uns sofort benützt, um einen kräftigen Anlauf zur Erweiterung des städtischen Grundbesitzes zu nehmen.

Nicht der Vollständigkeit, sondern der Merkwürdigkeit halber sei noch an den „Anzeiger“-Streit erinnert, in dem die Publizitas A.-G. über

sämtliche von ihr in Inseratenpacht gehaltenen Zeitungen verfügte, um in der ganzen Schweiz herum Stimmung gegen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung von Biel zu machen. Nun handelte es sich bei der Gründung des „Stadtanzeigers“ einfach darum, das amtliche Bekanntmachungsweise der Stadt Biel endlich nach Gesetz zu ordnen. Das hinderte die freisinnige Partei nicht, Schulter an Schulter mit der um ihren nackten Geschäftsvorteil ringenden Publizitas A.-G. zu fechten, natürlich in der Hoffnung, mit Hilfe dieses finanzkräftigen Partners die sozialdemokratische Partei aufs Haupt zu schlagen. Die Abstimmung über den „Stadtanzeiger“ spitzte sich dann tatsächlich zu einer Machtprobe zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum zu, dessen Niederlage sich um so unrühmlicher gestaltete, als es durch die Publizitas A.-G. darenin verwickelt wurde.

## VII.

Die im Vorstehenden umrissene Wirksamkeit der Behörden erheischte besonders in den letzten Jahren ganz bedeutende Geldmittel. Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten unserer bürgerlichen Vorgänger, die meinten, für jede größere Ausgabe außerordentlicher Art zum Anleihen greifen zu müssen, haben wir alle Aufwendungen bis jetzt aus den ordentlichen Einnahmen bestritten. Mit dieser Feststellung kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung, zur Finanzpolitik der roten Gemeinde, zurück, der zum Beschlusse noch einige ergänzende Bemerkungen und Zahlen gewidmet seien.

Während das Jahr 1921 — das erste sozialdemokratischer Verwaltung — noch einen Ausgabenüberschuß von 51,000 Fr. ergab, wiesen von jetzt an die Verwaltungsrechnungen fortlaufend Einnahmenüberschüsse auf, und zwar im Jahre 1922 569,000 Fr., 1923 1,001,000 Fr., 1924 501,000 Fr., 1925 258,000 Fr., 1926 574,000 Fr. Es besteht begründete Aussicht, daß auch das Jahr 1927 nicht schlechter dastehen wird. Die erzielten Einnahmenüberschüsse gestatteten innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren, die aus der Kriegs- und Krisenzeit 1914 bis 1921 stammenden Betriebsdefizite im Betrage von insgesamt 3,411,000 Fr. vollständig auszulösen.

Die mitgeteilten Rechnungsüberschüsse vermitteln für sich allein noch kein richtiges Bild von der eingetretenen finanziellen Besserung, sondern bedürfen zur Ergänzung noch der Angabe der in diesen Jahren vorgenommenen Abschreibungen und Rückstellungen. Diese betrugen im Jahre 1921 593,000 Fr., 1922 1,615,000 Fr., 1923 1,640,000 Fr., 1924 1,357,000 Fr., 1925 1,155,000 Fr., 1926 1,756,000 Fr.

Die Abschreibungen waren nötig, weil die Vermögensbilanz der Gemeinde eine stattliche Anzahl hohler Aktivposten barg, schön etikettierten, jedoch leeren Flaschen vergleichbar, die so rasch wie möglich auszumerzen waren, wenn wir uns und die Bevölkerung nicht länger über die wahre Vermögens- und Finanzlage der Gemeinde täuschen wollten.

Noch eine andere Erwägung gebot uns, eine durchgreifende Säuberung der Bilanz von allen zweifelhaften und anfechtbaren Posten vorzunehmen, nämlich die Notwendigkeit der innern Festigung des Gemeinde-



haushaltes. Der Rhythmus des Wirtschaftslebens der Stadt Biel wird ganz einseitig vom Gange der Uhrmacherei bestimmt, und wie sehr diese von der Ausfuhr abhängige Industrie Schwankungen ausgesetzt ist, durch die dann wiederum die Steuer- und andern Einnahmen der Gemeinde in empfindlicher Weise beeinflusst werden, erleben wir alle die Jahre hindurch zur Genüge. Wollen wir nicht Gefahr laufen, daß beim nächsten stärkern wirtschaftlichen Rückschlag unser Finanzhaushalt neuerdings aus den Fugen und ins Wanken gerät, so müssen wir uns beizeiten dagegen wappnen. Das geschieht am sichersten durch vermehrte Abschreibungen und Stärkung der Reserven, die bei eintretendem Rückschlag als Puffer wirken und zur Ausgleichung der Einnahmenausfälle dienen.

Um für die Zukunft zu verhindern, daß Verwaltungs- und Vermögensrechnung der Gemeinde nach der persönlichen Auffassung und Absicht des Rechnungslegers heller oder dunkler gefärbt erscheint und das Jahresergebnis jeweilen willkürlich beeinflusst werden kann, war es nötig, der bisherigen Verschwommenheit zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben ein Ende zu bereiten und eine strenge, nach zwingenden Regeln erfolgende Scheidung der beiden Verkehre vorzuschreiben. Zu demselben Behelf werden auch die Abschreibungen und Rückstellungen nach einem festen Plan vorgenommen, wie es eine verlässliche Finanzgebarung erheischt. Denn nur so vermittelt der Rechnungsabschluß ein wahres Bild vom Erfolg des Wirtschaftsjahres und erlaubt, die Finanzlage der Gemeinde richtig zu beurteilen.

Hätten wir die Rechnungen nach früherer Übung aufstellen und abschließen wollen, so wären wir in den Fall gekommen, noch beträchtlich höhere Einnahmenüberschüsse auszuweisen. Allein wir hatten keine Veranlassung noch Neigung, durch trügerische Ueberschüsse bei der Bevölkerung den Anschein zu erwecken, als ob die Gemeinde nun jeglicher Finanzsorge enthoben und der Weg für weitere Steuerherabsetzung und Tarifiermächtigungen freigegeben sei. Wir müssen uns hinterher sogar fragen, ob nicht schon die im Jahre 1925 eingetretene Senkung des Steuerfußes um 10 Prozent nicht besser unterblieben wäre. Die kleinen Einkommen haben davon wenig verspürt, und von einer fühlbaren Steuerentlastung im ganzen kann so lange nicht die Rede sein, als nicht auch der kantonale Steuerfuß eine Ermäßigung erfährt. Das wird aber erst möglich werden, wenn mit den offenen Steuerprivilegien der Landwirtschaft und den geheimen von Handel und Gewerbe aufgeräumt wird — unterdessen wird aber noch viel Wasser die Aare hinunterfließen. — Wenn die von der Gemeinde beschlossene Herabsetzung des Steuerfußes die Steuereinnahme nicht allzu scharf getroffen hat, so verdanken wir das der inzwischen vorgenommenen völligen Umgestaltung der Steuerabteilung. Die neue Ordnung verhalf der Gemeinde endlich zu einem geregelten Steuerbezug, durch den auch die auf Jahre zurückgehenden Steuerausstände erfaßt wurden.

Wäre in den Jahren, als die Munitionsfabrikation und das Schiebertum in ihrer Sünden-Maienblüte standen und die Herrschaften mit dem Blutgeld buchstäblich um sich warfen, der Steuerveranlagung und dem Steuerbezug die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt worden,

so brauchte sich heute die Gemeinde nicht mit einer so furchtbar drückenden Schuldenlast zu schleppen. Damals wäre jede Einschätzung angenommen, jeder Steuerbetrag bezahlt worden. Es ist gar kein Zweifel, daß es einer weniger nebensächlichen Behandlung des Steuerwesens gelungen wäre, die Verwaltungsdefizite, wenn vielleicht nicht ganz, so doch zu einem erheblichen Teil zu vermeiden.

Die finanzielle Erstarkung der Gemeinde und die sich mehrenden Anzeichen wiederkehrenden Vertrauens in ihre Kreditfähigkeit ließen uns daran denken, die jederzeit fälligen schwebenden Schulden in feste Anleihen umzuwandeln. Den Banken jedoch, die seinerzeit die Kreditsperre über die Stadt verhängt hatten, schien es auf einmal gar nicht sonderlich zu eilen mit der Ablösung ihrer hochverzinslichen Kontokorrent- und Wechselguthaben. Sie machten Schwierigkeiten, und erst als wir, des Hinhaltens müde, unsere Zuflucht zu Versicherungsgesellschaften nahmen und dort für die Hälfte unseres Konsolidierungsbedarfes von 6 Millionen Franken zu erträglichen Bedingungen unterkamen, drehte auch bei den Banken der Wind, indem sie den Rest fest übernahmen. — Daß wir infolge der Geldwertschwankungen verurteilt sind, unsere Schulden in kaufkräftigerem Gelde, als wir erhielten, zurückzuzahlen, ist ein Schicksal, das wir mit andern öffentlichen und privaten Schuldnern teilen!

\*

In den regelmäßigen Einnahmenüberschüssen der Gemeindefinanzrechnungen lag und liegt fortwährend eine große Verlockung, vorzeitig Steuer- und andere Erleichterungen eintreten zu lassen. Daß unsere Partei ungeachtet der auf die Arbeiterschaft mehr als auf andere Volksschichten drückenden wirtschaftlichen Notlage dieser Versuchung widerstanden hat, zeugt von wahrhafter politischer Reife. Die Wahl: Fortsetzung der Politik der finanziellen Kräftigung der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Zukunftsaufgaben oder sofortige Steuerentlastung und Verbilligung von Gas, Wasser und Licht — mußte vielen von uns äußerst schwer werden. Und diese Entfagung, dieser Verzicht auf Augenblicksvorteile wird auch während den nächsten Jahren geübt werden müssen, wenn die Straßen und Plätze und mit ihnen das ganze Aussehen der Stadt weiterhin verbessert und gepflegt, wenn Schulhäuser und Turnhallen gebaut, Bäder errichtet, Sport- und Spielplätze angelegt, wenn das Volksbildungswesen auf eine höhere Stufe gehoben, wenn die Werke der sozialen Fürsorge vermehrt und entwickelt, wenn das Gemeinwohl herrschen und die Folgen der vorhandenen wirtschaftlichen Ungleichheit gemildert, wenn, mit einem Wort, die Stadt Biel zu dem ausgestaltet und emporgeführt werden soll, was den wahren Begriff des „G e m e i n w e s e n s“ ausmacht.

---

## Die Hintergründe der Marinekonferenz in Genf.

Von Ernst Reinhard.

Am 4. August ist in Genf die vom Präsidenten Coolidge einberufene Konferenz auseinandergegangen, welche die Frage der Marineabrüstung